

Zürich



Sommerserie Die Grand Tour of Switzerland führt heute von Zuoz nach St. Moritz. 21

«Politiker sollten mehr Mut haben»

Interview Christian Schär, der Präsident des Verbandes Zürcher Krankenhäuser, empfiehlt einen Bettenabbau um 20 bis 30 Prozent. Gleichzeitig sollen die Spitäler ihre ambulanten Kapazitäten vergrössern.

Susanne Andereg

Es ist ein neues Phänomen: Die Zahl der stationären Patienten in den Zürcher Spitälern ist rückläufig – und damit sinken die Einnahmen. Haben Sie das erwartet?

Vom starken Rückgang 2017 wurden wir alle überrascht. Vergangenes Jahr griff die Anweisung der Gesundheitsdirektion (GD) ja noch gar nicht, eine Reihe von Eingriffen ambulant statt stationär zu operieren – die neuen Regeln gelten erst seit Januar. Wir wussten zwar, dass ein grosser Strukturwandel kommt. «Ambulant vor stationär» ist die Zukunft der Gesundheitsversorgung, im Kanton Zürich wie in der Schweiz. Dass das aber bereits 2017 bei den meisten Spitälern unseres Verbandes durchschlug, hatten wir nicht erwartet.

Im Zürcher Stadtspital Waid ist die Situation dramatisch. Dort brechen die Fallzahlen ein: minus 4 Prozent 2017, minus 7 Prozent im laufenden Jahr. Droht dem Spital die Schliessung, wenn es so weitergeht?

Wenn die Stadt Zürich und das Waidspital, zusammen mit dem Triemli, jetzt nicht reagieren, kann sich die Situation derart zuspitzen, dass man das Spital im schlimmsten Fall irgendwann schliessen müsste. Ich gehe aber davon aus, dass alle die Zeichen der Zeit erkannt haben und wissen, dass sie nun rigorose Massnahmen treffen müssen. Die Entwicklung war seit einigen Jahren absehbar, doch man hat nicht agiert, sondern immer nur reagiert. Zürich hat zwei grosse Stadtspitäler, man wird Überkapazitäten abbauen müssen. Mit Wohlfühlschritten wird das nicht möglich sein.

Was heisst das konkret?

Wenn ambulant vor stationär als Megatrend nun zu greifen beginnt, müssen die meisten Spitäler Betten abbauen. Parallel dazu müssen sie ambulante Strukturen weiter ausbauen. Dies sollte in den nächsten fünf Jahren passieren.

Das Waid hat bereits damit angefangen. Es hat 30 von 250 Betten abgebaut und eine Tagesklinik eröffnet. Wie gross muss der Abbau am Ende sein? Das für ein einzelnes Haus zu sagen, wäre vermessen.

Und insgesamt?

2016 hat die GD im Versorgungsbericht geschrieben, der Kanton brauche mittelfristig wegen des Bevölkerungswachstums rund 400 Spitalbetten zusätzlich. Noch vor drei Monaten hat die GD die Prognose bestätigt. Diese Einschätzung teile ich heute nicht mehr. Die Prognose war kurzfristig. Wenn ein Spital heute 500 Betten hat, kann es längerfristig vermutlich mit 400 auskommen. Ein Regionalspital mit 250 Betten kann auf 200 reduzieren. Ich schätze, dass wir in der Schweiz die stationären Kapazitäten um 20 bis 30 Prozent abbauen müssen – während auf der anderen Seite ambulante Infrastrukturen aufzubauen sind. In



«In den Niederlanden werden 40 Prozent der Patienten im Spital ambulant behandelt – bei uns erst 10 Prozent»: Christian Schär. Foto: Sabina Bobst

den Niederlanden werden rund 40 Prozent der Patienten im Spital ambulant behandelt, bei uns erst 10 Prozent. Die Spitäler müssen sich verändern.

Bedingt das hohe Investition?

Das hängt davon ab, wo die Betriebe baulich stehen. Einige Spitäler im Kanton haben bereits erneuert. Andere haben Nachholbedarf.

In den vergangenen Jahren haben doch etliche Spitäler grosse Bauten verwirklicht.

Das stimmt, doch dabei stand der Fokus noch zu wenig auf dem ambulanten Bereich. An vielen Orten sind Nachbesserungen nötig. Es braucht getrennte Wege für ambulante und stationäre Patienten. Das erfordert Investitionen. Und damit sind wir beim zweiten Problem: Die Finanzierung ist nicht sichergestellt. Die Tarife für ambulante

Behandlungen decken die Kosten nur zu etwa 85 Prozent.

Warum bieten die Spitäler diese dann überhaupt an?

Weil es, salopp gesagt, zum Sortiment eines Spitals gehört. Auch die Tarife für stationäre Grundversicherte sind mehrheitlich nicht kostendeckend. Die Spitäler brauchen die Zusatzversicherer – sie subventionieren den ganzen Betrieb quer.

Im Gesetz ist das so nicht vorgesehen.

Das Gesetz hat hier sein Ziel nicht erreicht. Die Quersubventionierung ist nicht gerecht. Der Verband Zürcher Krankenhäuser fordert von der Politik faire, kostendeckende Tarife für den ambulanten Bereich. Dann wird dieser boomen – was aus einer Gesamtsicht sinnvoll ist, weil das für die Patienten günstiger und angenehmer ist. Niemand hätte mehr den Anreiz, eine Operation

stationär zu machen. Wenn die Spitäler überdies auch für die stationären Allgemeinversicherten adäquate Fallpauschalen bekommen, würden die Privatversicherungsprämien sinken. Zusatzversicherte zahlen heute zu viel. Deshalb haben zunehmend weniger Leute eine solche Versicherung. Langfristig bricht den Spitälern diese Finanzierungsquelle weg.

Derzeit versucht jedes Spital, möglichst viele Patienten zu gewinnen. Der Wettbewerb führt zu einer Überversorgung, womit mehr Patienten als nötig behandelt werden.

Diese These kann ich nicht in Abrede stellen. Man kann die Überversorgung zwar nicht beweisen, aber es gibt Indizien. Wir wollen als Verband aktiv werden. Wir wollen, dass an unseren Spitälern nicht zu viel operiert wird.

Wie soll das konkret gehen?

Die Spitäler sollen im Bereich der

Qualitätssicherung und Patientensicherheit noch mehr tun als heute. Zum Beispiel sicherstellen, dass nach den Grundsätzen der evidenzbasierten Medizin gehandelt wird: Nur wenn wissenschaftlich erwiesen ist, dass eine bestimmte Behandlung wirklich nützt, soll sie angewendet werden. Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass die Indikation stimmt: Nur wenn man nachweisen kann, dass eine Operation wirklich nötig ist, soll sie durchgeführt werden.

Finden Sie denn die Wettbewerbssituation gut?

Bei der Einführung der Fallpauschalen vor sechs Jahren hat man völlig unterschätzt, dass dazu auch eine entsprechende Tarifpolitik gehört. Wenn in einem wettbewerblichen System die Tarife tief gehalten werden – nämlich durch die Politik –, passiert Folgendes: Alle Betriebe versuchen, ihre Infrastruktur und ihr

Christian Schär

Der 58-Jährige präsidiert den Verband Zürcher Krankenhäuser, in dem alle öffentlichen Spitäler im Kanton organisiert sind. Schär ist Direktor des Bildungszentrums Careum für Gesundheitsberufe. Zuvor hat er die Spitäler Thurgau, Baden und Uster geleitet.

Personal möglichst auszulasten. Bisher gings auf, weil die Bevölkerung wuchs und immer mehr Medizin nachfragte. Doch jetzt beginnt es zu drehen. Wir sind in einem Strukturwandel.

Wäre es Zeit, ähnlich wie vor zwanzig Jahren eine Reihe von Akutspitälern im Kanton Zürich zu schliessen?

Die wesentliche Flurbereinigung ist vor zwanzig Jahren passiert. Nun müsste die Politik einen weiteren Schritt bestimmen. Statt uns tariflich ständig zu drücken, sollten die Politiker den Mut haben, einige Spitäler zu schliessen. Das ist natürlich nicht einfach. Wie die Situation im Kanton St. Gallen zeigt, wollen alle ihr Spital in der Nähe behalten. Der Verwaltungsrat der St. Galler Spitäler hat vorgeschlagen, fünf von neun Akutspitälern zu schliessen. Der Regierungsrat wagt den Schritt jedoch nicht – er will erst das Parlament und das Volk fragen. Was dabei herauskommt, ist absehbar; im Parlament sitzen alles Lokalpolitiker.

Die Zürcher Spitäler sind ebenfalls nervös, denn die Gesundheitsdirektion plant eine neue Spitalliste. Dabei geht es nicht nur um mögliche Betriebsschliessungen, sondern um Leistungsaufträge für einzelne Fachgebiete.

Einzelne Spitäler könnten wichtige Angebote verlieren. Das könnte für sie extrem unangenehm werden, nicht nur finanziell. Wenn ein Spital wichtige Fachgebiete verliert, verliert es an Attraktivität für Ärztinnen und Ärzte. Wir befürchten ein langsames Aushungern der Regionen. Dagegen wehren wir uns als Verband. Wir glauben an die Grundversorgung und wollen sie aufrechterhalten.

Wie wollen Sie das erreichen?

Mit einer radikalen Umlagerung von stationär zu ambulant. Und indem wir unsere Dienstleistung weiter verbessern. Diese muss zu 100 Prozent auf die Patientinnen und Patienten ausgerichtet sein. Das heisst weniger Wartezeiten, weniger Infektionen und so weiter. Schliesslich müssen die Spitäler enger zusammenarbeiten.

Heute gibt es Kooperationen in gewissen Bereichen, aber nicht im grossen Stil. Was wäre nötig?

Die Spitäler sollten ihre Angebote abstimmen. Zum Beispiel verzichtet ein Spital auf ein Fachgebiet zugunsten eines anderen und umgekehrt. Ich setze mich als Verbandspräsident für eine besser koordinierte Versorgung ein. So könnten wir der Politik zuvorkommen, und der Gesundheitsdirektor müsste nicht dauernd die Schrauben anziehen.

Tagesanzeiger

Dienstag
24. Juli 2018

126. Jahrgang Nr. 169
Fr. 4.20
AZ 8021 Zürich

Liebe Frau Bundesrätin
Ein offener Brief zur
Migrationspolitik an
Simonetta Sommaruga.
27

Pakistan
Der Aufschwung
kommt aus China –
und fährt im Konvoi.
6



Oldtimer in Oerlikon
Auf der Velorennbahn
röhren für einmal
historische Boliden.
18

Ein Viertel aller Spitalbetten ist überflüssig

Gesundheitspolitik Der Zürcher Spitalverbandspräsident Christian Schär fordert einen radikalen Strukturwandel und höhere Preise für ambulante Behandlungen. Wenn die Politiker dazu nicht bereit seien, sollten sie den Mut haben, Spitäler zu schliessen.

Susanne Anderegg

In vielen Spitälern des Kantons Zürich haben sich im ersten Halbjahr 2018 verglichen mit der Vorjahresperiode erneut weniger Patientinnen und Patienten stationär behandeln lassen. Das hat eine Umfrage dieser Zeitung ergeben. Das Zürcher Stadtspital Waid mit minus sieben Prozent und das See-Spital mit minus zehn Prozent verzeichnen einen regelrechten Einbruch. Markante Einbusen müssen auch die Klinik Hirslanden

und das Spital Limmattal mit je -3,5 Prozent hinnehmen. Einige Spitäler melden nur einen leichten Rückgang oder konstante Zahlen wie das Triemli. Und einige konnten auch etwas zulegen, so das Kantonsspital Winterthur oder die Spitäler Zollikerberg und Wetzikon.

Damit setzt sich eine Entwicklung fort, die letztes Jahr überraschend begonnen hatte: Nach einer langen Phase steigender Fallzahlen verzeichneten die Zürcher Spitäler insgesamt erstmals einen Rückgang. Laut Angaben der Ge-

sundheitsdirektion sank 2017 die Zahl der stationären Patienten von 242 600 auf 241 300, nachdem sie seit 2012 jährlich um 2,2 Prozent gestiegen war.

Der Präsident des Verbandes Zürcher Krankenhäuser, Christian Schär, plädiert jetzt für einen Bettenabbau im grossen Stil. «Wir sind in einem Strukturwandel. Wir müssen in der Schweiz die stationären Kapazitäten um 20 bis 30 Prozent abbauen und auf der anderen Seite ambulante Infrastrukturen aufbauen.» Auch im Kanton Zürich, wo vor 20 Jah-

ren bereits acht Spitäler geschlossen wurden, sei ein radikaler Wandel nötig. Dazu brauche es aber Tarife, die kostendeckend seien, sagt Schär – weder im ambulanten Bereich noch bei den Fallpauschalen für Allgemeinversicherte sei dies heute der Fall. Sind die Politiker dazu nicht bereit, sollten sie «den Mut haben, einige Spitäler zuzumachen». Das wäre besser, als alle Betriebe ständig zu drücken mit tiefen Tarifen und mit zunehmend strengeren Auflagen, findet der Verbandspräsident.

Zürchs Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) plant, nächstes Jahr neue Mindestfallzahlen für bestimmte Operationen einzuführen. Als Novum in der Schweiz will er solche nicht nur pro Spital festlegen, sondern auch pro Chirurg. Den Spitälern gehen diese Vorgaben zu weit. Sie befürchteten «ein langsames Aushungern der Regionen», wie Schär sagt. «Dagegen wehren wir uns als Verband, denn wir glauben an die Grundversorgung und wollen diese aufrecht erhalten.» **Seite 15**

Bargeld verliert auch bei uns an Bedeutung

Zahlungsmittel Die Schweiz gilt als Bargeldland. Während in Skandinavien Münzen und Noten fast keine Rolle mehr spielen, zahlen die Schweizer am liebsten bar. Doch das Verhalten ändert sich. Die Anzahl Kartenzahlungen hat in den letzten drei Jahren um rund die Hälfte zugenommen. Die Anzahl kontaktloser Kartenzahlungen hat sich im gleichen Zeitraum sogar verzehnfacht. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Barbezüge an Geldautomaten ab. Gab es 2015 durchschnittlich mehr als 11 Millionen Transaktionen pro Monat, waren es 2017 schon 10 Prozent weniger.

Obwohl die Bargeldbezüge schon seit einiger Zeit rückläufig sind, stieg die Zahl der Automaten noch im letzten Jahr weiter an. Zuletzt hat aber auch hier der Trend gedreht. Die sinkende Anzahl der Bancomaten verdeutlicht für Andreas Dietrich, Professor am Institut für Finanzdienstleistungen in Luzern, einen Wendepunkt. «Das Bargeld beginnt in der Schweiz langsam an Bedeutung zu verlieren.» Für die Banken drohen die Bancomaten damit zur teuren Altlast zu werden. Sie lagern nun den Betrieb an den Finanzdienstleister SIX aus, der ihnen grosse Kosteneinsparungen verspricht. Die Kunden dürften davon aber kaum profitieren. (jbr) **Seite 9**

Kleine Freiheiten, grosses Glück

Sommerserie Ruth Wipfli und der frühere FDP-Präsident Franz Steinegger sind ein eingespieltes Ehepaar. Was ist ihr Geheimnis? **Seite 2, 3** Foto: Dominique Meienberg



SBB sparen bei den Baustellen Millionen – Entschädigungen für Passagiere bleiben minim

Schienerverkehr Der Sommerfahrplan der SBB bringt 30 Bahnbaustellen mit sich, darunter Vollsperrungen am Tag – eine neue Methode. Die SBB beabsichtigen, damit Geld zu sparen. Alleine an drei Grossebaustellen zwischen Freiburg und Lausanne, zwischen Olten und Basel sowie von Wil nach St. Gallen sparen die SBB laut Eigenangaben 29 Millionen Franken.

Demgegenüber steht ein karges Entschädigungsprogramm in der Westschweiz für die betroffenen Kunden. Bisher haben sich nur 1500 Leute über eine App registriert, obwohl dort täglich

13 000 Passagiere wegen der Vollsperrung Verspätungen erdulden.

In zwei Wochen waren geschätzt 195 000 Passagierfahrten betroffen, doch nur 2500 Fahrten wurden bisher als entschädigungsberechtigt registriert. Vorläufig geschätzt, müssen die SBB am Ende mit bloss 150 000 Franken Kosten für Entschädigungen in Form von Gutscheinen rechnen. Die SBB bekräftigen gestern, dass die betroffenen Kunden der Baustellen zwischen Olten und Basel und auf dem Weg nach St. Gallen, rund 41 000 täglich, keine Entschädigung erhalten. (val) **Seite 11**

Kommentare & Analysen

«Es geht nicht mehr um das Verhalten eines Fussballers – jetzt geht es um Rassismus.»

Thomas Schifferle

Nach seinem Rücktritt aus der deutschen Nationalmannschaft setzt Mesut Özil zum Gegenangriff an. **Seite 4, 26**

Experten warnen vor weiterer HIV-Krise

Aidskonferenz Die HIV-Bekämpfung ist seit Jahren vor allem in den reichen Industriestaaten eine Erfolgsgeschichte. Trotzdem machen sich Experten an der Aidskonferenz, die gestern in Amsterdam begann, grosse Sorgen um die künftige Entwicklung der Epidemie. In 50 Staaten der Welt steigt die Zahl der Neuinfektionen. Ein «Riesenproblem» sieht der Schweizer Aidsexperte Pietro Vernazza in Russland. Zudem fliesst weltweit weniger Geld in die Forschung und in die staatliche Aidsbekämpfung. Laut UNO fehlen jährlich sechs Milliarden Euro Hilfgelder. (red) **Seite 36**

Öko-Baufirma kassiert die meisten Bussen

Arbeitsmarkt Im Internet präsentiert sich die deutsche Baufrizt GmbH als Herstellerin von ökologisch und sozial nachhaltigen Holzhäusern. Mit dem Lohnschutz in der Schweiz tut sich diese Firma aber ausgesprochen schwer: Wie eine Auswertung von Daten des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) zeigt, wird kein Unternehmen in der Schweiz häufiger gebüsst wegen Verstössen gegen das Entsendegesetz. Seit 2015 kommt die Baufrizt GmbH auf 13 Bussen, zudem hat der Kanton Genf Ende 2017 eine 24-monatige Dienstleistungssperre verhängt. (Inz) **Seite 5**



Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Inserate 044 248 40 30, inserate@tages-anzeiger.ch
Inserate online buchen www.adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch
Leserbriefe leserforum@tages-anzeiger.ch
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

Börse	10	TV/Radio	22	Wetter	35
Leserbriefe	13	Veranstaltungen	32		
Todesanzeigen	20	Rätsel	34		